

Staatlicher Wunschtraum Wärmepumpe – diese zwei Probleme sind unlösbar

Welt, 29.03.2022, Michael Fabricius

<https://www.welt.de/finanzen/immobilien/plus237787781/Waermepumpe-Staatlicher-Wunschtraum-doch-diese-zwei-Probleme-sind-unloesbar.html?cid=email.crm.redaktion.newsletter.finanzen>

Die Wärmepumpe für ganz Deutschland wird wohl eine Utopie bleiben

Schon ab 2024 sollen neue Heizungen größtenteils mit erneuerbaren Energien gespeist werden. Weil grüner Wasserstoff fehlt, wird die Wärmepumpe zur einzigen Option. Doch selbst wenn sich genügend Deutsche entscheiden, ein solches Gerät einzubauen, der Plan wird platzen.

Die Idee klingt zunächst einmal gut: Deutschland will unabhängig werden von Gas als Brennstoff. Deshalb baut man am besten so schnell wie möglich alle Gasheizungen aus den Kellern der Wohngebäude aus und ersetzt sie durch Wärmepumpen, die mit Strom betrieben werden. So jedenfalls plant es die Bundesregierung laut „Maßnahmenpaket zum Umgang mit den hohen Energiekosten“.

„Wir schaffen den Rahmen dafür, dass Eigentümerinnen und Eigentümer von Immobilien ihre über 20 Jahre alten Heizungsanlagen austauschen, und werden dazu im Bundesprogramm effiziente Gebäude (BEG) das Gaskesselaustauschprogramm optimieren“, heißt es darin. „Hierzu werden wir bei Industrie, Handwerk und Privathaushalten eine große Wärmepumpen-Offensive starten.“

Zwei Fragen sind vollkommen offen: Woher soll der zusätzliche Strom für die vielen Millionen Wärmepumpen kommen? Und woher die Handwerker, die diese im Vergleich zur simplen Brennwerttherme aufwendigere Installation bewerkstelligen sollen?

Auf die zweite Frage hat das Heizungshandwerk selbst keine Antwort. Im Gegenteil – laut Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZVSHK) ist eine Heizungs-Austauschoffensive geradezu utopisch. Bereits heute seien mehr als 41.000 Monteurstellen unbesetzt.

Wenn die Regierung nun das Vorhaben umsetzen wolle, bis 2030 sechs Millionen neue Wärmepumpen zu verbauen, seien weitere 60.000 Monteure nötig. Für die Offensive der Bundesregierung brauchen wir also noch 100.000 Fachleute.

Und die sind nicht in Sicht. Die Lücke könnte sogar noch größer werden, denn laut ZVSHK ist der demografische Effekt nicht einmal berücksichtigt: Viele ältere Monteure scheiden in den kommenden Jahren aus.

Neubauoffensive der Regierung braucht noch mehr Monteure

Auch die von der Regierung forcierte Wohnungsneubau-Offensive dürfte zusätzlich viele Heizungsfachleute beschäftigen. Für die Berechnung legte der Fachverband bekannte Planungs- und Installationszeiten für Austausch oder Neubau zugrunde.

Beim einfachen Einbau nur einer Wärmepumpe wird es zudem nicht bleiben. „Im Neubau lässt sich die Wärmepumpentechnik relativ gut realisieren“, sagt Andreas Müller, Geschäftsführer Technik beim Heizungshandwerk-Verband. Dort seien die Außenwände gut gedämmt, die Heizung laufe im Niedrigtemperaturbereich.

„Im Gebäudebestand dagegen wird dies zum Beispiel aufgrund einer schlechten Gebäudedämmung nicht immer funktionieren“, sagt der Experte mit Blick auf die in solchen Häusern hohen Heizungsvorlauftemperaturen und den hohen Strombedarf einer Wärmepumpe.

„Vielfach fehlt auch der Platz, um einen großen Pufferspeicher aufzustellen“, so Müller weiter. „Daher werden im Bestand wahrscheinlich Hybridheizungen zum Einsatz kommen – Kombinationen aus einer Wärmepumpe und einer kleinen Verbrenner-Einheit.“ Eine Alternative seien noch Pellet- oder Biomasseheizungen.

Weitere Handwerker-Kapazitäten und neues Know-how werden durch eine weitere Vorgabe der Ampel-Koalition nötig sein. Im Maßnahmenpaket steht nämlich auch, dass ab 2024 jede neu eingebaute Heizung, auch im Bestand, zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien gespeist werden soll. „Eine Kombination aus Gas-Brennwerttherme und Solarthermie würde da nicht mehr vollends ausreichen“, so Müller.

Stattdessen würden viele Hausbesitzer auf eine Kombination aus Fotovoltaik plus Wärmepumpe und Pufferspeicher setzen – ein System, das anspruchsvolle Berechnungen voraussetzt und damit erneut viel Arbeitszeit bindet. Jeder dürfte versuchen, eine für das individuelle Haus optimale Kombination mit möglichst wenig Stromverbrauch hinzubekommen.

Wärmepumpen sind nicht für jedes Haus die ideale Lösung

Der Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie (BDH) plädiert für einen breiteren Ansatz bei der Energiewende im Gebäudesektor. „Das skizzierte Vorhaben einer Erneuerbare-Energien-Pflicht muss vor der konkreten Umsetzung in ein Gesetz einem Praxischeck unterzogen werden“, teilt der Verband in einer Stellungnahme mit. „Eine starre Nutzungsquote verengt den Lösungsraum der möglichen Technologien und riskiert dabei, dass die Ziele nicht erreicht werden.“

Aus BDH-Sicht sei die Wärmepumpe ohnehin nicht immer die beste aller Lösungen – aus den oben genannten Gründen. „Ein Anteil von 65 Prozent erneuerbarer Energien ist auch für einen Gas-Brennwertkessel erreichbar, wenn das Gas entsprechend aus erneuerbaren Quellen (Biogas oder Wasserstoff) stammt“, so der BDH. So könnte es doch in manchen Häusern weiterhin die leicht zu montierenden Verbrenner geben, wenn der Brennstoff eben nachhaltig ist.

„Eine streng ausgelegte Vorschrift“ würde hingegen „das Aus für den Großteil des heutigen Modernisierungsmarktes bedeuten“. Viele Hunderttausend ältere Gasheizungen sollten eigentlich demnächst modernisiert werden – auch dadurch entstünden Gas-Einspareffekte, und zwar von bis zu 35 Prozent, wenn mit einer Solarthermie-Anlage kombiniert wird. Die betroffenen Haushalte dürften jetzt aber zunächst einmal abwarten.

„Nicht in allen Fällen“ sei die Stromheizung „auch eine wirtschaftliche Option“, so der BDH. „Nicht nur die Gaspreise, auch die Strompreise sind in den letzten Monaten unerwartet stark gestiegen. Ein Haushalt mit geringem Einkommen, wie zum Beispiel die große Zahl der Haushalte mit einem Nettoeinkommen von 2600 Euro oder weniger, können oft auch die bezuschussten Anschaffungskosten nicht finanzieren und bewohnen meist Gebäude, die nicht den neuesten energetischen Standards entsprechen mit entsprechend hohen Energieverbräuchen.“

Allerdings steht im Maßnahmenpaket der Regierung ein entscheidender Begriff: Die Einbindung von 65 Prozent erneuerbarer Energien ab 2024 soll „möglichst“ erfolgen, heißt es da. Das lässt noch einigen Spielraum.